



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik  
am 12. Juni 2018  
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

---

**Vorsitz :**

**Aglaja Beyes (L&P)**

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

**Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr**

**Ende: 18:30 Uhr**

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind Drucksachenlisten 16/18, 19/18, 21/18 und 25/18.

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

**Es fehlten:**

Stv. Mensching

Stv. Volk-Borowski

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

## öffentliche Sitzung

### Tagesordnung

#### 0041 Tagesordnung

1. Punkt 8 der Tagesordnung wird in der Beratungsfolge vorgezogen.
2. Ansonsten bleibt die Tagesordnung unverändert.

Einstimmig angenommen

#### 0042 18-V-05-0011

Bürgermitwirken bei der Vorplanung des Projekts City Bahn

Herr Prof. Dr. Zemlin ist zu diesem Punkt anwesend. Er wird den Ausschussmitgliedern die Hochglanzbroschüre zu diesem Thema zukommen lassen.

Stv. Rutten gibt zu Protokoll:

- Abs. 1 Satz 2 „*Das Projekt erfüllt als frühzeitige Bürgerbeteiligung die Ansprüche der Wiesbadener Leitlinien für Bürgerbeteiligung*“ wird von der FDP nicht mitgetragen, da der Prozess nicht ergebnisoffen ist.
- Im Abs. 2 wird die Bezeichnung „*nach dem in Wiesbaden bewährten Muster*“ nicht mitgetragen.

Die Sitzungsvorlage wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig angenommen

#### 0043 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 24.04.2018 wird genehmigt.

Einstimmig angenommen

#### 0044 18-F-21-0046

Hilfestellungen zur Anwendbarkeit der EU-Datenschutzgrundverordnung  
- Antrag der Fraktionen CDU, SPD und Bündnis90/Die Grünen

Beschl. Nr.      Vorlagen Nr.      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO

---

Stv. Kisseler begründet den Antrag, der wie folgt abgestimmt wird:

Einstimmig angenommen

**0045      16-A-56-0002**

Berichterstattung Stabsstelle Bürgerbeteiligung

Der Bericht von Rösler und Frau Kotzke wird zur Kenntnis genommen.

Frau Klopff stellt dem Ausschuss eine schriftliche Aufstellung der anstehenden Termine zum Jahr des bürgerschaftlichen Engagements zur Verfügung.

Die Stabsstelle sagt Herrn Özdem (Ausländerbeirat) zu, das Projekt INTERPART - Interkulturelle Räume der Partizipation „Potenziale von Online-Diensten und sozialen Medien für die interkulturelle Öffnung von Stadtentwicklungsprojekten“ (Reallabor) im Ausländerbeirat vorzustellen.

Der Stadtverordnetenversammlung wird folgende Änderung in der zeitlichen Abfolge bei der Aufstellung der Vorhabenliste zur Zustimmung vorgelegt:

- 1. Die Aufstellung der Vorhabenliste erfolgt zwischen den vorgesehenen Terminen durch den Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik.*
- 2. Dies stellt im Einzelfall keine Vorentscheidung dar, ob eine Bürgerbeteiligung stattfindet oder nicht.*

Einstimmig angenommen

**0046      14-F-33-0072**

Kooperationsprojekt HaLT!  
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 24.06.2014

Der schriftliche Bericht zum Projekt HaLT! wird aus dem ursprünglichen Zuschnitt der Ausschüsse vor der jetzigen Wahlzeit im Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik und im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie beraten.

*Der Ausschuss bittet den Ältestenausschuss festzulegen, welcher Ausschuss die Federführung bei der Beratung der jährlich vorgelegten Berichte zum Kooperationsprojekt HaLT! erhalten soll.*

Stv. Apel gibt zu Protokoll,  
dass der eingescannte und in der DL gedruckte Bericht von schlechter Qualität ist.

Der Bericht und der Zusatz an den Ältestenausschuss werden wie folgt abgestimmt:

bei Enth. SPD angenommen

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 12. Juni 2018

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

**0047 17-F-33-0009**

Zentrales Bürgerportal  
- gem. Antrag von SPD und CDU vom 10.10.2017 -

Frau Rubbel (Ordnungsamt/Standesamt) gibt zum Stand des Projektes einen mündlichen Bericht.

Über den Fortgang des Projektes wird dem Ausschuss voraussichtlich in 6 Monaten berichtet.

Einstimmig angenommen

**0048 18-F-02-0001**

Speed Capture Stationen in Behörden  
- Antrag der CDU-Fraktionen vom 10.01.2018 -

Der schriftliche Bericht des Magistrats (Dezernat VI) vom 14.05.2018 wird zur Kenntnis genommen.

Stv. Apel möchte wissen, ob bei den 4 bis 5 Minuten Einsparpotential auch gegengerechnet ist, dass man digitalen Amateuren die Abläufe erst einmal erklären muss.

Die Geschäftsstelle wird dies im Dezernat nachfragen.

Einstimmig angenommen

**0049 18-F-21-0027**

Behördennummer 115  
Antrag von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen vom 04.04.2018

Der schriftliche Bericht des Oberbürgermeisters vom 30.05.2018 wird zur Kenntnis genommen.

Weitergehende Beschlüsse werden in Anbetracht des noch nicht genehmigten Haushalts nicht gefasst.

Einstimmig angenommen

**0050 18-V-30-0007**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden II  
(Wiesbaden-Biebrich)

Einstimmig angenommen

Beschl. Nr.      Vorlagen Nr.      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO

---

**0051      18-V-30-0009**

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Mainz-Kostheim

Einstimmig angenommen

**0052      18-V-30-0010**

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Wiesbaden-Nordenstadt

Einstimmig angenommen

**0053      Verschiedenes**

Vorsitzende Beyes informiert den Ausschuss darüber, dass das Haupt- und Finanzausschuss in seiner kommenden Sitzung über einen Antrag zur Informationsfreiheitsgesetzgebung berät. Sollte dieser angenommen werden, wird es voraussichtlich zu einem Expertenhearing und einer gemeinsamen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik kommen.

Anlagen

Wiesbaden,      .07.2018

**Vorsitzende**

**Schriftführerin**

Beyes

Koba